

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Polen

Zwangspensionierung von Richtern verstößt gegen EU-Recht

Seite 3

IM FOKUS

Klimaschutz

EU-Staaten müssen ihre Anstrengungen noch verstärken

Seite 5

Desinformation

EU-Kommission kündigt weitere Gegenmaßnahmen an

Seite 6



Credit © European Union, 2019

Um die Weiterentwicklung der Währungsunion ging es beim jüngsten Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Experten formulieren ethische Leitlinien

Die Europäer wollen sich an der Entwicklung der Zukunftstechnologie „Künstliche Intelligenz“ (KI) beteiligen, diese aber auf den Menschen ausrichten. 33 Anforderungen dafür hat nun eine von der EU-Kommission berufene Expertengruppe formuliert. Die ethischen Leitlinien ergänzen Prinzipien, die im April präsentiert wurden. Damit könne KI zu einem „Wettbewerbsvorteil für die europäischen Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes werden“, sagte EU-Digital-Kommissarin Mariya Gabriel. Die Leitlinien werden online bis zum 1. Dezember zur Diskussion gestellt.

► *Neue ethische Leitlinien für KI*

GIPFELTREFFEN DER EURO-STAA TEN

Währungsunion soll noch stabiler werden

Bei der Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion sind die Euro-Staaten nach Ansicht ihrer Staats- und Regierungschefs in den vergangenen Jahren deutlich vorangekommen. Zuletzt gab es Fortschritte bei der Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM – des so genannten Euro-Rettungsschirms – und bei der Einrichtung eines Budgets zur Förderung von Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit. Bei ihrem Gipfeltreffen beauftragten die Staats- und Regierungschefs ihre Finanzminister, darauf aufzubauen und die Arbeiten voranzutreiben. Ziel ist eine Einigung beim EU-Gipfel im Dezember.

> „Heute haben wir nicht nur die Integrität der Eurozone bewahrt, sondern auch unsere Wirtschafts- und Währungsunion vertieft, die heute stärker denn je ist“, kommentierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Ergebnisse des Euro-Gipfels. „Der Euro wird nicht mehr als ‚Bedrohung‘ oder ‚Quelle der Sparsamkeit‘ angesehen. Er wird – zu Recht – als Schutz und als strategischer Vorteil für alle Europäer in einer unsicheren Welt angesehen“, betonte Juncker.

Die Euro-Finanzminister hatten sich kurz vor dem Gipfel grundsätzlich verständigt, im EU-Haushalt

ein Budget einzurichten, aus dem die Angleichung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in den Euro-Staaten und deren Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden soll. Offen geblieben sind der Umfang dieses Budgets für den Euroraum und seine Finanzierung. Darum sollen sich die Finanzminister nun vorrangig kümmern, damit das neue Budget bei der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2027 berücksichtigt werden kann, heißt es in den Gipfelschlussfolgerungen. „Es ist nicht bloß ein Schritt, es ist ein wirklicher Sprung, den wir alle gemacht haben“, kommentierte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) die Fortschritte. >>

“ Der Euro wird – zu Recht – als Schutz und als strategischer Vorteil für alle Europäer in einer unsicheren Welt angesehen ”

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

>> Sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire sagte, vereinbart worden seien die Struktur und die Arbeitsweise des Eurozonen-Budgets. „Für mich ist das eine Mini-Revolution“, erklärte der Franzose.

In ihrem Eckpunktepapier halten die Finanzminister unter anderem fest, das neue Finanzinstrument solle generell „sowohl strukturelle Reformen als auch öffentliche Investitionen durch ein kohärentes Paket unterstützen“. Euro-Gipfel und Euro-Finanzminister sollen dafür strategische Vorgaben machen, und teilnehmende Mitgliedsländer sollen detaillierte Reform- und Investitionsvorschläge vorlegen müssen. Sie sollen das Geld dann in Tranchen erhalten, die von der Erfüllung vereinbarter „Meilensteine“ abhängen.

Das Euroraum-Budget sollen auch die EU-Staaten in Anspruch nehmen können, die der Währungsunion zwar nicht angehören, ihre nationale Währung aber über den Wechselkursmechanismus ERM II in einer gewissen Wechselkursbandbreite zum Euro halten. ERM II dient zur Vorbereitung auf den Beitritt zur Währungsunion. Derzeit gehört ihm nur Dänemark an.

Besserer Schutz vor Krisen

Die Eurogruppe hatte sich zudem auf eine Überarbeitung des Vertrages über den Europäischen Stabilitätsmechanismus verständigt, der künftig unter anderem eine größere Rolle bei der Überwachung von Hilfsprogrammen spielen soll. – so wie das bisher der Internationale Währungsfonds IWF getan hat. Außerdem soll der ESM einspringen, falls die Mittel des neuen europäischen Bankenabwicklungsfonds nicht ausreichen. Den Fonds füllen die europäischen Geldhäuser derzeit selbst auf. 2024 soll er auf 55 Mrd. Euro angewachsen sein. Der Abwicklungsfonds ist eine der Säulen der Bankenunion, die die EU als Reaktion auf die schwere Finanzkrise vor 10 Jahren gegründet hat. „Wenn es eine Krise geben sollte, wird dies ein komplett anderes Szenario sein als das, was wir vor 10 Jahren hatten“, erklärte Scholz.

Der deutsche Finanzminister zeigte sich zudem überzeugt von einer bevorstehenden Einigung auf eine Finanztransaktionssteuer, über deren Einführung im Rahmen einer „verstärkten Zusammenarbeit“ eine Gruppe von zehn EU-Mitgliedstaaten verhandelt. Dieses Verfahren wurde gewählt, weil nicht alle EU-Staaten eine Abgabe auf Finanztransaktionen einführen wollen. In Steuerfragen ist im EU-Ministerrat aber Einstimmigkeit notwendig. Aus den Einnahmen der Steuer, die ab 2021 nach dem französischen Vorbild einer Aktiensteuer erhoben werden soll, könnte auch das neue Euroraum-Budget gespeist werden. (ank/frh/ste) >|

Juncker zu den Ergebnissen des Eurogipfels

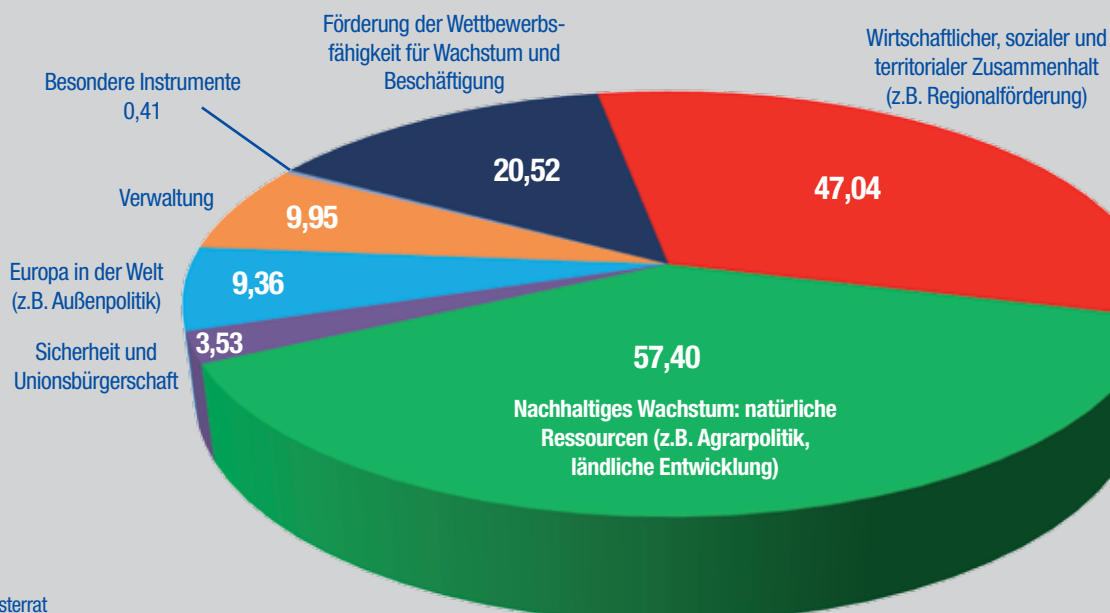
Ein Fünftel für den Klimaschutz

Die Bekämpfung der Erderwärmung und die Anpassung an den Klimawandel spielen in vielen EU-Programmen eine Rolle. Betrachtet man alle Aktivitäten, dann wurden im vergangenen Jahr 20,7 Prozent der EU-Haushaltsmittel im Zusammenhang mit dem Klimawandel ausgegeben, heißt es im Bericht der EU-Kommission über den Haushalt 2018. Dieser habe zudem zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Wachstumsförderung und zu Investitionen in Europas Jugend beigetragen – alles Prioritäten der EU-Politik.

Dafür gibt die EU 2019 ihr Geld aus

2019 geplante Zahlungen in Mrd. Euro

Insgesamt: 148,20



Quelle: EU-Ministerrat

EUGH GIBT KLAGE DER EU-KOMMISSION STATT

Zwangspensionierung polnischer Richter verstößt gegen EU-Recht



Zwangspensionierungen durch eine Herabsetzung des Ruhestandsalters von Richtern am Obersten Gericht Polens auf 65 Jahre sind ein Verstoß gegen EU-Recht. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden und damit einer Klage der EU-Kommission stattgegeben. Die polnische Regelung missachte die Grundsätze der Unabsetzbarkeit und der Unabhängigkeit der Richter, ohne legitime Ziele dafür vorzubringen. Von der Regelung seien über ein Drittel der amtierenden Mitglieder des Obersten Gerichts betroffen gewesen.

Das von der in Polen regierenden PiS-Partei durchgebrachte Gesetz war Anfang Juli 2018 in Kraft getreten. Der EuGH hatte die Regierung in Warschau im Oktober in einer Eilentscheidung angewiesen, die Pensionsregelung sofort außer Kraft zu setzen, nachdem die EU-Kommission vor irreparablen Schäden für den Rechtsstaat in Polen gewarnt hatte. Sie geht seit 2016 mit Vertragsverletzungsverfahren gegen neue Justiz-Gesetze in Polen vor, durch die sie die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet und die Gewaltenteilung untergraben sieht.

■ *Zum Statement der Europäischen Kommission*

SCHÜLERZEITUNG „AKOMAG“

Bonner Gymnasium gewinnt Europa-Preis

Der von der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland vergebene Schülerzeitungspreis „Europa“ geht dieses Jahr an die Zeitung „akomag“ des Aloisiuskollegs in Bonn-Bad Godesberg. Der Preis wurde im Rahmen des Schülerzeitungswettbewerbs der Länder im Bundesrat im Berlin verliehen. Die Redaktion bekommt außer der Berlin-Reise einen EU-Workshop und 1.000 Euro.

Akomag sei es gelungen, „viele komplexe europäische Themen abgestimmt auf die Interessen der Schülerinnen und Schüler ihres Gymnasiums darzustellen“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland. „Dabei wird deutlich, dass sich die jungen Menschen viele Gedanken über Europa machen und die Vorteile der EU wertschätzen.“ Die Bonner widmeten dem Thema Europa einen umfangreichen Sonderteil ihrer Schülerzeitung. 45 Schülerzeitungen, darunter 4 Onlineangebote und ein Video, hatten sich für den Europapreis beworben.

■ *Europa-Preis für Schülerzeitung aus Bonn*

UNVERZICHTBAR FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

EU fördert Bienenzucht mit 120 Mio. Euro

Bienenzüchter werden in den Jahren 2020 bis 2022 mit insgesamt 120 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt unterstützt. Die Bienenzucht sichere als Teil der Ernährungswirtschaft Arbeitsplätze im ländlichen Raum, und zudem seien Bienen äußerst wichtig für die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und für ein gesundes Ökosystem, erklärte EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan. Den Großteil der Gelder erhalten die Mitgliedstaaten mit der höchsten Honigproduktion: Spanien, Rumänien, Polen, Italien, Frankreich, Griechenland und Ungarn.

Deutschland, das mit 879.000 Bienenstöcken (Stand 2018) an achter Stelle liegt, erhält in den drei Förderjahren (August 2019 bis Ende Juli 2022) jeweils 1,656 Mio. Euro. Die Mittel sollen der Kommission zufolge zur Züchterausbildung, zur Betriebsgründung, zur Parasitenbekämpfung, zur Verbesserung der Honigqualität und zu Forschungszwecken verwendet werden. Es wird erwartet, dass die Mitgliedstaaten Finanzmittel in gleicher Höhe zur Verfügung stellen.

■ *Unterstützung für den Bienenzuchtsektor*

BEIHILFEN FÜR NACHRÜSTUNG VON NUTZFAHRZEUGEN

Deutschland darf umweltfreundliche Verkehrsmittel bezuschussen

Weitere Beihilfen, mit denen die Bundesregierung zu besserer Luftqualität in deutschen Städten und Gemeinden beitragen will, sind von der EU-Kommission genehmigt worden. Betroffen sind 431 Mio. Euro aus dem „Sofortprogramm Saubere Luft 2017 bis 2020“. Mit dem Geld soll die umweltfreundliche Nachrüstung von kommunal oder gewerblich genutzten Reinigungs-, Müll- und Lieferwagen finanziert werden, wodurch man 1.450 Tonnen Stickoxidemissionen pro Jahr zu vermeiden hofft. Die Fördermittel können an über 60 deutsche Kommunen vergeben werden, in denen 2017 die Grenzwerte für NOx überschritten wurden. „Die Bekämpfung der Luftverschmutzung ist eine der größten Herausforderungen in Europa. Die drei Regelungen bieten für die Fahrzeugbetreiber in den am stärksten belasteten deutschen Städten gute Anreize, in umweltfreundlichere Fahrzeuge zu investieren“, erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

Bereits im November hatte die Kommission festgestellt, dass die von Deutschland geplante Förderung für die Nachrüstung von Dieselnissen, die im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht.

■ *Millionenförderung für umweltfreundliche Verkehrsmittel*

STUDIE ZU UNTERSCHIEDEN TROTZ ÄHNLICHER VERPACKUNG

Lebensmittel sind im Osten der EU nicht systematisch schlechter

Kekse, Frischkäse, Babybrei oder Fleischkonserven, die in den EU-Staaten in gleicher oder ähnlicher Verpackung verkauft werden, sind in den östlichen Mitgliedstaaten nicht systematisch schlechter als im Westen. Allerdings gibt es zahlreiche Fälle, in denen sich die Zutaten von Lebensmitteln von Land zu Land unterscheiden, obwohl die Produkte mit identischer oder ähnlicher Packungsvorderseite vermarktet werden. Das hat eine Studie der Forschungsstelle der EU-Kommission ergeben, die Beschwerden über unterschiedliche Standards bei Lebensmitteln auf den Grund gegangen ist.



Markenlebensmittel dürfen in den EU-Staaten unterschiedliche Zutaten enthalten, weil die Verbraucher verschiedene Vorlieben haben. Die Unterschiede müssen aber klar erkennbar sein.

> „Es gibt unter den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern die Wahrnehmung, dass von ihnen erworbene Markenlebensmittel sich von einschlägigen anderswo erhältlichen Produkten unterscheiden und – möglicherweise – schlechter sind“, sagte der für die Forschungsstelle zuständige EU-Kommissar Tibor Navracscics. Die Bilanz der Studie dazu, für die fast 1.400 Proben von 128 Lebensmitteln aus 19 Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – untersucht wurden, falle gemischt aus: „Zwar ist zu begrüßen, dass sich hinsichtlich der Zusammensetzung von Markenlebensmitteln keine Anzeichen für eine Kluft zwischen Ost und West feststellen ließen, doch erfüllt es mich mit Sorge, dass knapp ein Drittel der geprüften Produkte eine unterschiedliche Zusammensetzung aufwies, aber als identisch oder ähnlich vermarktet wurden“, sagte Navracscics.

Die Kommission hat mit ihren Untersuchungen auf Beschwerden von Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei über Minderwertigkeit von in ihren Ländern verkauften Lebensmitteln reagiert. Wenn es keine legitimen und objektiven Gründe für eine unterschiedliche Zusammensetzung von mit gleicher Aufmachung verkauften Lebensmitteln gibt, ist das ein Verstoß gegen die EU-Lebensmittelverordnung sowie die Richtlinie über unlautere Geschäftsprakti-

ken. Auf Vorschlag der Kommission wurden die EU-Vorschriften dafür im April präzisiert.

31 Prozent problematische Fälle

In 23 Prozent der jetzt untersuchten Proben waren Packungsvorderseite und Zutaten der Lebensmittel in den betrachteten Ländern identisch. In 27 Prozent der Fälle unterschieden sich die Zutaten, was aber durch eine unterschiedliche Packungsvorderseite signalisiert wurde. Daneben unterschied sich allerdings in 9 Prozent der Fälle die Zutatenliste trotz identischer Verpackung und in 22 Prozent der Fälle trotz ähnlicher Verpackungsaufmachung. Ein klares geografisches Muster für die Abweichungen zeigte sich nicht. Außerdem wies die Kommission darauf hin, dass Unterschiede bei der Zusammensetzung der Produkte nicht zwangsläufig bedeuten, dass auch die Qualität unterschiedlich ist.

Doppelstandards können bestraft werden

Um den für die Marktüberwachung zuständigen nationalen Behörden zu helfen, unzulässige Doppelstandards zu erkennen und dagegen vorzugehen, hat die EU-Kommission 2017 Leitlinien erarbeitet. Außerdem wurde eine einheitliche Testmethodik für Lebensmittel eingeführt, um Doppelstandards auf die Spur zu kommen. Doppelstandards bei der Qualität stünden nach den reformierten EU-Vorgaben unter Strafe, und die Verbraucherschutzbehörden verfügten über die Instrumente, dagegen vorzugehen, sagte EU-Verbraucherschutz- und Justizkommissarin Věra Jourová. „Im europäischen Binnenmarkt wird es nicht zweierlei Standards geben“, betonte sie. Die Durchsetzung des geltenden Rechts hat die EU mit über 4,5 Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt gefördert.

Im Spätsommer 2017 begann die Kommission, Doppelstandards genau zu untersuchen und offenzulegen. Beispiele waren etwa Fischstäbchen, die in manchen Ländern weniger Fisch enthielten, Kaffee mit weniger Koffein aber mehr Zucker und Eistee, bei dem der Zucker in einigen Ländern durch Süßstoff ersetzt wurde. Schon wenig später berichtete Jourová über Erfolge. So habe etwa der Gebäckhersteller Bahlsen die Praxis aufgegeben, seine Butterkekse für den osteuropäischen Markt mit Palmöl statt Butter zu fertigen. (frh) >|

■ Zu den Ergebnissen der Studie

Fördermittel für Verbraucherschutz

Die EU-Kommission will Verbraucherschutzorganisationen dabei helfen, Lebensmittel auf unterschiedliche Qualitätsstandards zu überprüfen und irreführende Praktiken aufzudecken. Für entsprechende Projekte stellt sie weitere 1,26 Mio. Euro bereit. Anträge können bis zum 6. November eingereicht werden.

NATIONALE PLÄNE BEWERTET

EU-Staaten sollen noch mehr für den Klimaschutz tun

Die EU-Staaten sollen sich mehr anstrengen, damit die Staatengemeinschaft ihre für 2030 festgelegten Ziele zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energiequellen und zum Energiesparen erreichen kann. Darauf drängt die EU-Kommission nach einer Bewertung der vorläufigen nationalen Energie- und Klimaschutzpläne. Auch Deutschland muss demnach mehr tun, um den CO₂-Ausstoß zu drosseln. An der Vorgabe, 2030 den EU-Energiebedarf zu 32 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu decken, würden die Mitgliedstaaten nach derzeitiger Planung um bis zu 1,6 Prozentpunkte vorbeischrumpfen, so die Kommission.



> Das Energieeffizienzziel lautet, 32,5 Prozent weniger Energie zu verbrauchen, als bei unveränderter Politik zu erwarten wäre. Dieses würde laut Kommission um bis zu 6,2 Prozentpunkte verfehlt, wenn man den Primärenergieverbrauch betrachtet. Bezogen auf den Endenergieverbrauch liegen die Mitgliedstaaten 6 Prozentpunkte vom Ziel entfernt.

Deutschland reduziert CO₂ nicht genug

Deutschland wird nach Schätzung der EU-Kommission besonders deutlich sein von der EU vorgegebenes Ziel reißen, 2030 in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels 38 Prozent weniger CO₂ zu emittieren als 2005. Bei Umsetzung der aktuellen Pläne dürfte die Minderung nur 23 Prozent betragen, heißt es im Bericht. Deutschland wird zu mehr Klimaschutz in Verkehr, Landwirtschaft und Gebäuden aufgefordert um die „erhebliche projizierte Lücke“ zu schließen. Die Kommission vermisst auch klare Angaben über den deutschen Beitrag zum EU-Ziel, die Energieeffizienz bis 2030 um 32,5 Prozent zu verbessern. Besser sieht es bei den erneuerbaren Energien aus: Der von Deutschland bis 2030 angepeilte Anteil von 30 Prozent sei mit den EU-Zielen vereinbar und seine nationalen Zwischenziele für 2022, 2025 und 2027 werde Deutschland wohl sogar übertreffen, so die Kommission.

Noch viel Arbeit bei Verkehr und Gebäuden

Übererfüllt wird von den Mitgliedstaaten die verbindliche EU-weite Vorgabe, den CO₂-Ausstoß 2030 um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 zu drücken. Laut Kommission dürfte die Minderung bei Umsetzung aller bestehenden Pläne 45 Prozent erreichen. Den wichtigsten Beitrag dazu leistet der Emissionshandel. Doch in den Sektoren, die nicht

dem Emissionshandel unterliegen, wie Verkehr und Gebäudewirtschaft, mahnt die Kommission zu mehr Anstrengungen – nicht nur von Deutschland. Hier erwartet sie 2030 eine Verringerung der CO₂-Emissionen von 28 Prozent im Vergleich zu 2005. Das sind zwei Prozentpunkte weniger als angestrebt.

„Die endgültigen nationalen Pläne sind bis Ende des Jahres zu erstellen, und aus unseren Empfehlungen geht hervor, wo größere Anstrengungen erforderlich sind: So sind etwa Ziele ambitionierter festzulegen, Politiken detaillierter auszuführen und Investitionsbedarf genauer zu spezifizieren; auch muss mehr für soziale Gerechtigkeit getan werden“, sagte Maroš Šefčovič, der für die Energieunion zuständige EU-Kommissionsvizepräsident. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) kündigte an, die Bundesregierung werde die Empfehlungen der Kommission „gründlich prüfen und in ihren laufenden energie- und klimapolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen berücksichtigen“.

Die erstmals von den Mitgliedstaaten vorgelegten Energie- und Klimaschutzpläne sind mit der im Dezember in Kraft getretenen so genannten „Governance-Verordnung“ eingeführt worden. Sie sollen sicherstellen, dass die nationalen Anstrengungen ausreichen, die verbindlichen EU-Ziele für 2030 zu erreichen und darüber hinaus die Weichen stellen, dass die EU langfristig – etwa bis 2050 – CO₂-neutral wirtschaften kann. Die Pläne sollen laut Kommission zudem Unternehmen und Finanzsektor Planungssicherheit geben. (frh) >|

Bei der Sanierung von Gebäuden und im Verkehr ist das Klimaschutzpotenzial nach Ansicht der EU-Kommission noch längst nicht ausgereizt.

Langfristige EU-Ziele

Die EU-Staaten wollen bis Anfang 2020 ihre langfristige Klimaschutzstrategie festlegen. Dabei geht es um einen „gerechten und sozial ausgewogenen Übergang zu einer klimaneutralen EU“ im Einklang mit dem UN-Abkommen von Paris, heißt es in den Schlussfolgerungen des jüngsten EU-Gipfels. Die „große Mehrheit“ der Mitgliedstaaten will die Klimaneutralität bis 2050 erreichen. Polen, Ungarn und Tschechien stimmten aber dagegen, dieses Datum jetzt festzuschreiben.

VORLÄUFIGE BILANZ ZUR EUROPAWAHL

Etliche Desinformationskampagnen in der EU aufgedeckt

Die EU-Institutionen haben es mit Unterstützung von Journalisten, Faktenprüfern, Online-Plattformen, nationalen Behörden, Forschern und der Zivilgesellschaft geschafft, Angriffe auf die Europawahl zu verhindern und Versuche der Beeinflussung von Wählern aufzudecken. Diese vorläufige Bilanz hat die EU-Kommission in einem Bericht für den EU-Gipfel über Desinformationskampagnen bei der Europawahl gezogen. Für ein endgültiges Fazit über Ausmaß und Wirkung von Desinformation sei es jedoch noch zu früh.



Bots sind Computerprogramme – quasi Roboter – die selbstständig Beiträge in sozialen Netzwerken publizieren können, meist mit extremen Meinungen.

> Es bleibe auf jeden Fall noch viel zu tun, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Kommission und der EU-Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini. „Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren schließlich nicht frei von Desinformation. Das dürfen wir so nicht als normal hinnehmen“, heißt es in der Erklärung. „Böswillige Akteure ändern ständig ihre Strategien. Wir müssen stets versuchen, ihnen voraus zu sein.“ Ausreichend viele Mitarbeiter und kontinuierliche Forschung seien nötig, um sich auf die schnell wechselnde Taktik „interner und externer Akteure, die insbesondere mit russischen Quellen in Verbindung stehen“, einzustellen.

Extreme Meinungen werden gepusht

Vor der Europawahl gab es dem Bericht zufolge Versuche, polarisierendes Material auf Online-Plattformen möglichst großflächig zu verbreiten. Dazu wurden etwa Scheinkonten verwendet oder Bots. Das sind Computerprogramme, die auf bestimmte Schlüsselwörter in Online-Unterhaltungen hin selbst bestimmte Beiträge publizieren. Dadurch kann auf Plattformen wie Facebook, Google oder Twitter vorgetäuscht werden, dass bestimmte Aussagen die Meinung der Mehrheit widerspiegeln. Begünstigt worden seien stets extreme Ansichten und unter anderem durch unbegründete Angriffe auf die EU sei versucht worden,

die Wahlbeteiligung zu senken und Wähler zu beeinflussen.

Massen von Scheinkonten gesperrt

Ein wichtiges Instrument, um gegen Desinformation vorzugehen, ist ein 2018 von der EU-Kommission vorgeschlagener Verhaltenskodex für Online-Plattformen. Er wurde von Facebook, Google, Twitter, Microsoft und Mozilla sowie von den Fachverbänden der Online-Plattformen, der Werbebranche und der Werbetreibenden unterzeichnet. Seit Januar hätten die Plattformen Fortschritte dabei gemacht, Bots und Scheinkonten zu beseitigen und den Nutzern zu verdeutlichen, woher bestimmte politische Inhalte und themenbezogene Werbeanzeigen kommen, die ihnen angezeigt werden. Allein Twitter beanstandete von Januar bis Mai fast 77 Mio. Spam- oder Scheinkonten, Facebook sperrte im ersten Quartal 2,2 Mrd. Scheinkonten und meldete in über 1,2 Mio. Fällen die Verletzung von Richtlinien für Inhalte und Anzeigen. Google ging gegen über 150.000 Konten vor.

Die Plattformen müssten aber noch mehr tun, fordert die Kommission. Die EU geht noch auf anderen Wegen gegen Desinformation vor. Dazu gehören:

- > Beim Europäischen Auswärtigen Dienst wurden Taskforces für strategische Kommunikation und eine EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen eingerichtet. Ein Frühwarnsystem erleichtert den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und EU-Organen.
- > EU-Kommission und Europaparlament verbreiten selbst verstärkt auf Fakten gestützte Nachrichten und fördern die Medienkompetenz der Europäer.
- > Die Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Eindämmung von Desinformation werden unterstützt. Etwa durch den Aufbau von Wahlkooperationsnetzen.

In Deutschland unterstützt etwa das Auswärtige Amt die EU bei der eigenen, aktiven, strategischen Kommunikation. Ziel ist nach eigenen Angaben nicht die Richtigstellung einzelner Falschmeldungen, sondern das bessere Erklären der eigenen Politik. (frh)

>|

■ Kampf gegen Desinformation

Zweifel säen

Eine Taktik von Desinformation besteht darin, Zweifel an Institutionen oder der Integrität von Personen zu säen. So wurde versucht, den Brand der Pariser Kathedrale Notre Dame als Beleg für einen Verfall christlicher Werte in der EU darzustellen. Die politische Krise in Österreich wurde im Internet einem „Staat im Staate“, den „deutschen und spanischen Sicherheitsdiensten“ sowie Einzelpersonen zugeschrieben.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 01.07.2019 16.30–18.00 Uhr	„Take your chance: Freiwilligendienst in Europa“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe-Direct Informationszentrum Dortmund	Auslandsgesellschaft.de e.V. Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europatermine.de/
> 04.07.2019 10.00–16.00 Uhr	„Europa-Beratung in Parchim“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EIZ Rostock	Stadthaus Parchim Blutstraße 5 19370 Parchim	www.eiz-rostock.de/events/europa-beratung-in-parchim-juli/
> 04.07.2019 18.30–20.30 Uhr	„Realitätscheck Europawahl: 28 Wahlen für 1 Parlament?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Verein Ramesch - Forum für Interkulturelle Begegnung e.V.	Festsaal des Rathauses St. Johann Rathausplatz 1 66111 Saarbrücken	www.europatermine.de/
> 06.07.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in München“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Bürgersaal Fürstenried Züricherstraße 35 81476 München	https://jugendbildungsmesse.de/jubi-standorte/austauschjahr-muenchen-bayern/
> 08.07.2019 11.00–12.30 Uhr	„EBD Briefing Finnische EU-Ratspräsidentschaft“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Deutschland e.V.	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://netzwerk-ebd.us8.list-manage.com/subscribe?u=af5795b74634b16dfcfc8d47&id=de023e5c72
> 18.07.2019 18.00–20.00 Uhr	„Spitzenkandidat 2.0?“ Vortrag Veranstalter: Europa Zentrum Baden-Württemberg	Universität Tübingen Geschwister Scholl Platz 72074 Tübingen	https://eubw.eu/tuebingen
> 17.08.2019 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt - Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Phorms Campus Berlin Süd Harry-S.-Truman-Allee 3 14167 Berlin	www.europatermine.de/
> 17.08.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in Potsdam“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule Esplanade 3 14469 Potsdam	www.europatermine.de/
> 24.08.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in Hamburg“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Christianeum Otto-Ernst-Straße 34 22605 Hamburg	www.europatermine.de/
> 24.08.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die JugendBildungsmesse in Frankfurt“ Informationsveranstaltung Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Wählerschule Mierendorffstraße 6 60320 Frankfurt	www.europatermine.de/
> 09.09.2019 18.30 Uhr	„Rechtspopulismus und Klimapolitik in Europa“ Vortrag Veranstalter: Europe-Direct-Informationszentrum Dortmund, Auslandsgesellschaft.de e.V., Stadt Dortmund	Rathaus Dortmund Friedensplatz 1 44135 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/rechtspopulismus-klimapolitik-europa/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2019



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



NEUE EU-REGELN IN KRAFT GETRETEN

Leitfaden soll beim richtigen Umgang mit Daten helfen

Seit dem 28. Mai ist der Umgang mit nicht personenbezogenen Daten in der EU durch eine EU-Verordnung geregelt. Sie verbietet den Mitgliedstaaten grundsätzlich territoriale Einschränkungen zur Speicherung oder Verarbeitung solcher Daten. Die EU-Kommission hat Leitlinien herausgegeben, die Anwendern – besonders kleineren Unternehmen – erläutern sollen, welche Wechselwirkung es zwischen dieser Verordnung und der seit gut einem Jahr geltenden Datenschutz-Grundverordnung gibt.



Die Leitlinien enthalten praktische Beispiele zur Anwendung der Vorschriften, wenn ein Unternehmen Datensätze verarbeitet, die sowohl aus personenbezogenen als auch aus nicht personenbezogenen Daten bestehen. Außerdem werden unter anderem die Anforderungen an die Selbstregulierung erklärt, die in beiden Verordnungen enthalten sind.

■ [EU-Leitfaden zur Datenverarbeitung](#)

KOOPERATION VON HOCHSCHULEN

EU fördert 17 Europäische Universitäts-Allianzen

114 Hochschulen aus 24 Mitgliedstaaten werden die ersten 17 „Europäischen Universitäten“ bilden. Die EU-Kommission gab die aus 54 Bewerbungen ausgewählten Allianzen bekannt. Jede bekommt in den nächsten drei Jahren bis zu 5 Mio. Euro EU-Fördermittel. Ziel ist es, in verschiedenen Fächern gemeinsame Lehrpläne und Kooperationsformen zu entwickeln, damit Studenten, Doktoranten, Mitarbeiter und Forscher reibungslos zwischen den an einer Allianz beteiligten Hochschulen wechseln können.



An 14 der Allianzen sind deutsche Hochschulen beteiligt, z.B. die Universitäten Heidelberg, Leipzig, Tübingen, Mainz, die Freie Universität Berlin und die Technischen Universitäten Hamburg und Darmstadt.

■ [Zur Mitteilung der Kommission](#)

DIE EU VOR DER HAUSTÜR

Dortmund bietet Stadtrallye zu EU-geförderten Projekten an

Die EU ist im Alltag der Europäer stärker gegenwärtig als viele wissen. Um zu zeigen, wie viele Projekte von der EU unterstützt werden, bietet das Europe-Direct-Informationszentrum Dortmund eine Stadtrallye an. Mit einem Handy mit Internetanschluss können die Teilnehmer zu einer Art Schnitzeljagd durch Dortmund aufbrechen, die so ähnlich wie GEO-Caching funktioniert. Ziel ist es, verschiedene Projekte zu finden, die aus verschiedenen EU-Fördertöpfen finanziert werden.

Dabei kann es sich etwa um Lebenshilfe für Dortmunder, Orientierungshilfe für Migranten oder um Kulturprojekte handeln. Bei der ungefähr zweieinhalb Stunden dauernden Tour erfahren die Teilnehmer einiges für die verschiedenen Förderprogramme und die Kohäsions- und Regionalpolitik der EU. Zielgruppe sind Schulklassen, Jugendeinrichtungen und Gruppen ab 20 Personen. Sie können die Stadtrallye zu Wunschterminen bis zum 13. Dezember buchen.



■ [Zum Europe Direct Informationszentrum Dortmund](#)

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

Preis zur Förderung der Geschlechtergleichstellung

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) vergibt seinen diesjährigen Preis der Zivilgesellschaft für Initiativen zur „Stärkung von Frauen in Europas Gesellschaft und Wirtschaft“. Damit sollen Bemühungen belohnt werden, die Chancengleichheit von Frauen und Männern und ihre Gleichbehandlung in allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens voranzubringen. Für den Preis kommen etwa Initiativen in Frage, die das Einkommens- und Rentengefälle zwischen Männern und Frauen verringern, Frauen eine bessere Rolle in klassischen „Männerberufen“ oder die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ermöglichen oder mit Geschlechterstereotypen aufräumen wollen.

Bewerber können sich zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen aus der EU mit laufenden oder abgeschlossenen Projekten. Das Preisgeld beträgt 50.000 Euro, es kann zwischen bis zu fünf Preisträgern aufgeteilt werden. Bewerbungsschluss ist der 6. September.

■ [Zur Website des EWSA](#)